

# Impressum

arbeitskreis kritischer  
juristinnen und juristen  
an der Humboldt-Universität

c/o RefRat der Humboldt-  
Universität zu Berlin  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
e-Mail: [akj@akj-berlin.de](mailto:akj@akj-berlin.de)  
akj-Homepage: [www.akj-berlin.de](http://www.akj-berlin.de)

Diese Zeitschrift unterliegt nicht mehr dem antidemokratischen „Maulkorblass“ der VerwG und ihrer willfährigen KlägerInnen aus dem konservativen Spektrum, die ihre Niederlagen in den Wahlen zu den studentischen Gremien nicht verwindend, die sogenannten Klagen zum Politischen Mandat eingereicht hatten.

**Redaktion:** Ulrike, Rike, Marten,  
Greco, Micha I & II,  
Volker, Jörg, Verena

**Layout:** Micha I & II, Jörg

**V.i.S.d.P.:** Michael Plöse  
und die Redaktion

Redaktionsschluss: 11.08.2003

## Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur sie – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

## Homestory

**akj-Plenum:**  
dienstags 19.00  
Dorotheenstr. 24,  
Raum 211



## Editorial The Blue Pill

Willkommen in der Realität des Kapitalismus. Nachdem sich der sozialistische Gegenentwurf im Weltmaßstab vor anderthalb Jahrzehnten selbst die Beine stellte, räumen die KapitalistInnen den teuren Firlefnanz aus dem Schaufenster. Neben Recht und Freiheit, die zudem real nicht erreichbar sind, wenn mensch sie sich nicht leisten kann, und auch nicht für alle galten und gelten (z.B. RAF-TerroristInnen und Flüchtlinge), mussten sie schon etwas mehr bieten, um die ArbeiterInnenklasse für Privateigentum und Marktwirtschaft zu begeistern.

Das Opiat „soziale Sicherheit“ für die arbeitenden und arbeitslosen Massen gibt es nun nicht mehr auf Krankenschein. Und so reiht sich „Reform“ an „Reform“. Mittlerweile nehmen sie Ausmaße an, dass sich beim „Umbau des Sozialstaates“ ein qualitativer Bruch vollzieht. Von ihnen sind nicht mehr nur Randgruppen wie Erwerbslose betroffen. Mit Riester-Rente und Gesundheits„reform“, mit Angriffen auf Kündigungsschutz und Tarifautonomie wird jetzt auch auf den Kern der Beschäftigten, denjenigen mit (Noch-)Normalarbeitsverhältnissen, gezielt. Begleitet wird dies von einer massiven Hetze gegen die Interessenvertretungen der Arbeitenden, die Gewerkschaften, wenn sie es wagen, ein wenig laue Opposition gegen den Generalangriff auf ihre Rechte zu üben. Westerville forderte unlängst einen „Aufstand der Anständigen“ unter den Mitgliedern gegen „betonköpfige Funktionäre“ und vollzieht damit sprachlich deren Gleichsetzung mit jenen faschistischen Schlägerbanden, gegen die es beim letzten staatlich verordneten Aufstand ging.

Und wenn dabei so ein alter Schinken wie das GG (1. Aufl. 1949) stört, warum soll er dann nur aus dem „Schönfelder“ in den Ergänzungsordner verbannt werden? Gleich ganz weg damit!

Klar ist auch, dass da für die griechischen StatistInnen aus Großvaters Heldenepen keine Gage mehr drin ist. So wird auch schon mal für den Fall vorgesorgt, wenn eine Brücke samt Kollateralschaden für die Verteidigung Deutschlands auf dem Balkan dran glauben muss. Wie dazu das Gewaltverbot eloquent-argumentativ entsorgt wird, machen uns die FreundInnen jenseits des Atlantiks schon einmal vor.

Doch auch von der Freiheit ist der Lack ab. Aus Angst vor vermeintlichen RächerInnen der Verdammten im Süden, die sie aus dem Elend kapitalistischer Ausbeutung in die Misere finsternen Mittelalters „erlösen“ wollen, werden die sonst nützlichen, weil Naturwissenschaften studierenden Immigranten fleißig gerastert.

Und da man aus so einem Terroristen unter Umständen ein ABC-Waffenversteck herausquetschen muss, probt mensch schon mal den Ernstfall und überlegt sich, wie das absolute Folterverbot dogmatisch korrekt dem Geltungsbereich des Abfallgesetzes zugeführt, mithin entsorgt werden kann.

Aber es gibt ja nicht nur Grund zu klagen: So können sich die Organe der studierenden Zöglinge des oberen Drittels der Gesellschaft, wenn die Berliner Hochschulen mittels Studiengebühren vom Pöbel gesäubert sind, über ein weitgehendes politische Mandat freuen. Untertänigsten Dank, lieber SPD/PDS-Senat.

*Eure Redaktion*